

ihres Würde. Sie sollen uns auch sehr leiten, wenn wir durch Arbeit einer neuen Freiheit entgegengehen wollen. Ich bitte Sie alle, die Sie guten Willens sind, die Regierung auf diesem Wege zu unterstützen. Jeder ist willkommen, keiner ist ausgeschlossen. Die Türen sind für jeden offen, der an des Vaterlandes Freiheit mitarbeiten will. Aber irgendwelche wilden Deukten des Ruhmtrugs politischer Betätigung annehmen, daß das Fahrwasser des Gesetzes gut, die außenpolitisch uns nur in Schwierigkeiten bringen, müssen wir unbedingt ablehnen. Auf dem Boden des Rechts, auf dem Boden der Arbeit vorwärts und, so Gott will, wieder einem Auswärts, einer neuen Zeit entgegen! (Beifall.)

Nachmittags fuhr der Reichskanzler nach Freiburg, um dort seiner Mutter einen Besuch abzustatten. Er wird das Prominentenfest in Freiburg begreifen und dann noch Berlin zurückkehren.

Berlin, 25. Mai. Einem Mitarbeiter der "Deutschen Allg." erklärte der heute in Freiburg weilende Reichskanzler zu dem auf Oberschlesien bezüglichen Teil der Rede Briands u. a.: Die Rede des französischen Ministerpräsidenten sei auf einem mühvollen Ton abgespielt. An der Sache aber gebe Briand bei der Beurteilung der polnischen von Frankreich unterstützten Ansprüche von teilweise ungünstigen Voransetzungen aus. Ein historischer Rückblick der Polen auf Oberschlesien besteht nicht. Oberschlesien ist nicht vor 600 Jahren durch Gewalt an Deutschland gekommen, sondern vor 900 Jahren gewaltsam von Polen erobert worden und 200 Jahre später hat es sich auf völlig friedlichem Wege von Polen zurückgezogen. Dr. Birk erinnert daran, daß bei den letzten Reichstagssitzungen vor dem Kriege die Polen in Oberschlesien kaum 80 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hätten, die Deutschen aber 70 Prozent. Die Polen haben historisch keinen Anspruch auf das Land. Denn die deutsche Wehrhaftigkeit ist einer Bierschnellmahlzeit an Stimmen ließ sich nicht subdizieren. In dem Punkt finde ich mich aber mit dem französischen Ministerpräsidenten zusammen, daß die Gerechtigkeit siegen muß. Die deutsche Regierung die sich so außerordentliche Haltung in dieser Frage auferlegt und so erhebliche Opfer gebracht hat, darf auch darauf rechnen, daß die endgültige Regelung der oberschlesischen Frage in objektiver und gerechter Weise erfolgen wird. Einiges anderes als dies verlangt sie nicht.

#### Briands Glauben an Deutschlands Aufrichtigkeit

Paris, 26. Mai. Ministerpräsident Briand ermutigte die Mitglieder des Rates des Außenausschusses für die zentralen Gebiete. Der Präsident des Ausschusses wies auf die traurige Lage der verschlissenen Bewohner hin. Der Kanzler des Ausschusses verlangte, daß so bald als möglich in den besonders schwer verwüsteten Gebieten, der sogenannten roten Zone, ein Versuch mit der deutschen Teilnahme am Wiederaufbau durch Lieferung von Naturalkohol und Arbeitskräften gemacht werde. Ministerpräsident Briand erinnerte er sei ohne Vorbehalt für die Verwendung deutschen Materialis und ebenso für die Hinzuziehung deutscher Arbeitskräfte unter der Voraussetzung, daß es sich um gelehrte Arbeit handle und das die Einwohnerchaft der fraglichen Gebiete damit einverstanden sei. Die deutsche Tatkraft in natura, die unter der vorliegenden aldeutschen Regierung nicht in Frage kommt, sei schmerzlich gewünscht zu rufen.

Er glaubte tatsächlich an die Aufrichtigkeit der neuen deutschen Regierung, die alle Klunrengungen mache, um ihre Befreiungssituationen einzutragen zu können.

Briand sagte er habe einen sofortigen Versuch der Verwendung deutscher Arbeitskräfte in der roten Zone gänzlich gegenüber.

#### D. englisch-französischen Differenzen

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung.")

Paris, 27. Mai. Nach den gestrigen Nachrichten behauptete man, daß zwischen den englisch-französischen Beziehungen eine Entspannung eintrete, oder sehr wenig wohl auf eine solche Entspannung hoffe. Die englische Botschaft Lord Hardinge erschien gestern im auswärtigen Amt und soll die Räumung von Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort verlangt haben. Diesen Besuch nahm man Lord Hardinge sehr übel, da er sich den Anschein gab, ein Befürworter der Deutschen zu sein.

#### Sitzung des Pariser Botschafterrats

Paris, 28. Mai. Der Botschafterrat trat gestern vorzeitig unter Vorsitz von Jules Cambon zusammen und nahm Kenntnis von dem Bericht des Flottentaktionsausschusses über die Maßnahmen, welche die deutsche Regierung an Verlangen der Botschaftsräte zwangs-Umbau des der Dieselmotoren unternommen hat, zu deren Verhinderung Deutschland ermächtigt ist. Er nahm lobend den Bericht des Flottentaktionsausschusses über das Intervalle des Kriegsflottenabkommen entgegen.

Paris, 28. Mai. Die Konferenz in Porto-Rosa ist auf den 15. Juni festgelegt.

#### Emile Combes †

Paris, 28. Mai. Senator Combes, der frühere Ministerpräsident, ist gestern nachmittag in Paris im Alter von 88 Jahren an einer Hirndurchblutungsstörung gestorben.

#### Abgelehnte deutsche Forderungen

**Die Maßnahmen der deutsch-belgischen Grenzkommission**

Paris, 28. Mai. Der Präsident des Botschafterrats in Paris hat unter dem 8. Mai dem Vorsitzenden der belgischen Friedensabordnung eine Note in Sachen der deutsch-belgischen Grenzkommission als Antwort auf die Noten der Friedensabordnung vom 2. November 1920 und vom 7. Februar 1921 und 28. März 1921 übermittelt, in denen die Gründen ausführbar gemacht werden, die nach Ansicht der belgischen Regierung die Unmöglichkeitsklärung gewisser von dieser Kommission getroffenen Maßnahmen erforderlich machen. Die Entscheidung der deutsch-belgischen Grenzkommission, wonach die Eisenbahnstrecke Maestricht-Kalkenberg der Monheimer Bahn Polen zugesprochen wird, könne der Botschaftsrat nur bestätigen. Der Botschaftsrat aufzuerlegenden Bedingungen zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Interessen der Bewohner des Kreises Monheim sei weitgehend Genüge geleistet. Das von der Grenzkommission besetzte Verhältnis könne auch auf andere Punkte der Grenze Anwendung finden. Der Geschäftspunkt, einen Wechsel der Staatsangehörigkeit der Bewohner zu verbüten, sei leider von der Grenzkommission für das seitens Belgien an Deutschland obstruktive Gebiet nicht berücksichtigt worden. Die von Deutschland abgetrennten Gebiete seien zwar einen erheblich größeren Umlauf, aber einem geringeren Wert als die, die Deutschland gewonne. Wenn man den Anträgen der deutschen Regierung stattgeben würde, würde zwischendurch der gesamte Kreis des Kreises Eupen mit ungefähr 12000 Einwohnern zurückgezogen sein. Der Botschaftsrat erachtet daher keinen Grund für vorliegend, auf diese Entwicklungen zurückzukommen, die für die beteiligten Mächte bestimmt sind.

Anmerkung des B. T. B.: Die vorstehend im Auszug wiedergegebene Note bildet die Antwort auf eine Reihe deutscher Noten und eine deutsche Denkschrift, in der der Nachweis erbracht worden war, daß die Grenzkommission den Versailler Vertrag v. liegt und ihre Belehrungen überschritten hatte, indem sie anstrengt den dritten Teil des Kreises Monchau mit seiner einzigen Eisenbahn an Belgien schlagen sollte, obgleich Belgien nur Anspruch auf die Kreise Eupen und Malmedy hatte und der Kreis Monchau im Vertrag überhaupt nicht erwähnt wird. Weiter war deutsherzögl. auf die praktische Unmöglichkeit der von der Grenzkommission ins Auge geführten Grenze hingewiesen worden, die ein wirkes Durchmesser von eingeklossenen Landesteilen, darunter solchen von

nur wenigen Meter Breite, vorstellt. Auf die durch eine reiche Fläche rechtlicher und wirtschaftlicher Beweise geführten deutschen Ausführungen wird in der vorliegenden Note des Botschafterrates ebenfalls eingegangen wie auf den Kernpunkt der deutschen Note, nämlich den Vorschlag, die Streitfrage durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen.

#### Deutsch-englisches Abkommen

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung.")

Amsterdam, 27. Mai. Aus London wird gemeldet, zwischen England und Deutschland ist ein Abkommen geschlossen worden, wonach in Zukunft die deutsche Regierung den britischen Exporten des Reparationsauschusses, den die britischen Postbehörden eingehen verpflichtet. Deutschland kann sich verpflichtet, das Abkommen zu verfolgschäden, so daß es Anfang Juni in Kraft treten kann. Wo die Güter von Deutschland durch neutrale Länder nach England kommen, will die deutsche Regierung die Steuer einziehen, bevor sie Deutschland verlassen.

#### Zur Lage in Oberschlesien

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung.")

Breslau, 27. Mai. Gestern abend haben bei Malakane, Małka und Großstein die Kämpfe wieder eingesetzt, die auch am Tage andauernden. Großstein wurde verschiedentlich mit polnischem Artilleriefeuer belegt. Heftige Angriffe entwickelten sich auch bei Via Siana und Krot. Obwohl Krot haben sich die Russlandseitlichen nördlich von Rosenberg verstärkt. Bei Tembowitz wurden polnische 10,5 cm Geschütze festgestellt, die Fabrik und Gebäude standen unter Beschluß. Aus verschiedenen Orten wurden Grenztruppen der Aufständischen gemeldet. So wurden bei Sałtan Turawa die beiden Töchter eines Kaufmanns vergewaltigt. In Oppeln sind die englischen Truppen 2500 Fußtruppen angefordert worden. Bei Oleśnica stellten sich die Franzosen. Sie scheinen sich zwischen den benachbarten beiden Gruppen des Selbstschutzes einzuschleben zu wollen.

Oppeln, 28. Mai. Die Lage an den Grenzen des Aufstandsbereiches ist im allgemeinen unverändert. Polnischen Jämm und Rosenberg verluden die Polen, aus dem Walde über Lubradsdorf vorgehen. Sie wurden aber vom deutschen

Selbstschutz zurückgewiesen. Es liegen Nachrichten vor, daß die Insurgenten starke Vorräte bei Groß-Schönberg vereinigt haben. Es hat den Anschein, daß sie noch größere Angriffe versuchen werden, bevor die englischen Truppen eintreffen. Ein starker polnischer Angriff auf Landsberg wurde zurückgeschlagen. Die Kämpfe bei Malopanow und Koszalin und um den Bahnhof von Groß-Stein, die mit Angriffen der Russlandseitlichen heute früh zwischen 2 und 8 Uhr beginnen, waren mittags noch im Gange. Neben ihrem Ausgang liegen noch keine bestimmten Nachrichten vor. Katowitz ist auf höchste Bedrohung gestellt. Die Insurgenten stehen unmittelbar am Wilhelmsplatz und haben dort nicht nur Maschinengewehre, sondern auch Geschütze aufzufahren. Die Verbündeter führt sehr unter Wassermangel. Telegraph und Fernsprechverbindungen mit dem Industriegebiet sind gänzlich unterbrochen.

#### Politische Verstärkungswut

London, 28. Mai. Die Times weilt aus Oppeln, daß die Polen mit systematischen Angriffen in der Stadt Rosenberg vorbereitet haben. Die Polen wollen anscheinend den Deutschen und der Welt im allgemeinen einen Gesichtsausdruck geben, was sie aus dem oberschlesischen Industriegebiet machen würden, wenn man die Polen zwingen würde, es aufzugeben.

#### Neue bolschewistische Nützungen?

Nach einer Meldung aus Königsberg rütteln, wie aus aufgefahrgenen Funkstücken hervorgeht, die dort über UKW-eintrafen, die Russen überdrast an ihrer Westgrenze. Die von Petersburg und Nowau nach der Donau und Ukraine führenden Bahnen sollen nach dieser Meldung mit gut ausgerüsteten und bewaffneten Truppensträfern überfüllt sein. Es handelt sich angeblich um die Neuauftreibung der 15. und 16. bolschewistischen Armeen im Raum Smolensk-Wiehls-Worlow. Ferner der 12. Armeen hinter dem Oder- und der 14. und 8. mit mehreren Kavallerieverbänden in der Gegend von Smirnla-Berditsch. Die ganze russische Westfront soll auf 800000 Mann gestoßen werden. Alle diese Massnahmen sollen getroffen werden, um bei kommenden europäischen Verhandlungen zur Stelle sein zu können.

## Fortsetzung der französischen Kammerdebatte

#### Vertrauensvotum für Briand

Paris, 25. Mai. Der heutige vierter Tag der Beratung der Interpellationen über die außenpolitische Politik in der Kammer dient mit einer Rede des Abgeordneten Noblemair, der an erster Stelle die

#### Lage in Oberschlesien

befragt. Es sei gut, wenn alle Welt wisse, daß Deutschland stets begriff, wenn man laut und vernehmbar mit ihm sprache. Das müßten auch die Engländer verstehen. Aber vielleicht handele es sich hier um eine so übergangende Lösung. Man müsse die verschwundenen Zuständigkeiten in Vertrag ziehen, die die Politik Deutschlands seit zwei Jahren charakterisierten und immer bedenkten, daß die oberschlesische Angelegenheit nur ein neuer Zwischenfall sei. Der Vertrag habe England alle Befriedigung gebracht, während Frankreich für seine Tapferkeit und Treue, die viel schwieriger gewesen seien, noch hute auf das warte, was man ihm schaffe. Der C. d'Orsay müsse zur rationellen europäischen Politik Frankreichs zurückkehren. Es habe neue Kreisforschungen namentlich unter den Polen, für deren Wiederaufrichtung es gesorgt habe. Der Redner besprach abschließend die Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen Frankreichs zum Polen und ging dann zur Wieder aufbaufrage über. Sie sei nur zu lösen unter der Mitarbeit aller. Es kam zu einem Zwiespalt mit dem Kommunisten Marcel Cachin, dem Noblemair vorwarf, er habe Keine Zeit in Straßburg mit Leinen erkauft, das sei der schönste Tag seines Lebens. Cachin erwiderte, nach zwei Jahren französischer Politik habe das Proletariat von Gilas-Vorbringen nicht die gleiche Zuneigung für Frankreich bewahrt.

Eine ganze Anzahl elzas-lotringischer Abgeordnete, darunter Metzler, protestierten dagegen und sprachen zum Teil von einer bolschewistischen Propaganda, die Deutschland bezichtigt habe. Der Abgeordnete Noblemair lädt dazu fort und spricht von den Schwierigkeiten einer Belebung des Aufgebietes. Er sagt, man wisse nicht, ob man nicht genötigt sei, bis zur Ehe oder zur Ober vorzutreten. Wenn man aber Gewalt anwenden müsse, um dem Recht zum Siege zu verhelfen, dann würde man dieses Mittel nur gebrauchen im Falle der äußersten Not. Noblemair empfahl schließlich eine Zusammenarbeit mit Deutschland und meinte, die Zukunft gehöre Amerika. Es habe zwar den Friedensvertrag noch nicht unterschrieben, aber es habe ein Wort mitzutragen.

Der Abgeordnete Verbraug erklärte, er werde auf das Wort verzichten, wenn ihm der Ministerpräsident zwei Fragen beantwortet: 1. ob er daselbst Vertrauen zu den deutschen Ministerien Roth und Matzner habe, wie zu dem Reichsminister Dr. Wirth; 2. ob es richtig sei, was in der "Goss. Blg." veröffentlicht wurde, daß Dr. Stresemann erklärt habe, man habe günstige Versicherungen hinsichtlich Oberschlesiens erhalten.

#### Ministerpräsident Briand

sagt, er glaube, daß in einer Debatte von so großer Bedeutung es besser wäre, nicht Zeitungsausschnitt zur Grundlage für die Argumente zu nehmen. Was die Anhänger Stresemanns befasse, er erkläre et, daß nach der Londoner Konferenz man Deutschland die Beschlüsse der Konferenz überwältigt habe mit der Bedingung, es müsse ja doch mein sagen. Er habe gestern angegeben, daß Dr. Wirth öffentlich erfuhr habe, es sei notwendig für das befreite Deutschland, seine Verpflichtungen anzuerkennen und zu erfüllen. Er müsse ferner sagen, daß alle Antworten auf die gestellten Forderungen bestätigend gewesen seien.

Es möge Aldeutsche geben, die Hintergedanken hätten, aber er wolle keinen Tendenzprozeß führen, sondern er wolle nur Realitäten sehen. Die französische Regierung habe ein sehr klares Programm und ihre Entscheidungen seien getroffen. Sie seien Deutschland überwältigt worden. Die Sanctionen könnten angeordnet werden. Der Reichstag habe das Ministerium gebilligt und sich bereit erklärt, die Verpflichtungen Deutschlands auszuüben. Er habe nicht das Recht, im voraus zu sagen, die deutsche Regierung sei aus Männern zusammengesetzt, die versuchen würden, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen. Er habe aber auch nicht das Recht, ihre Aufgabe zu komplizieren, denn auch sie würden Schwierigkeiten mit der Realität haben. Das deutsche Volk beginne die Augen zu schließen. Die Wehrhaftigkeit des Reichstages habe den Konsul Vertrauen entgegen gebracht. Sie habe gezeigt, daß Deutschland wirtschaftliche Mittel nehmend und es 15 Jahre hindurch Rohmaterialien zu den heutigen Bedingungen beziehen können. Die Gebiete seien verpflichtet, an den Reparationsverpflichtungen Deutschlands solidarisch teilzunehmen. Er sei überzeugt, daß die polnische Regierung geneigt sei, daß diesen wirtschaftlichen Verpflichtungen Rechnung getragen werde. Nun verbleibe aber noch die Interpellierung der Abstimmungsgesellschaft nach Kommunen, sowie eine geographische Gruppierung unter Berücksichtigung der Volkswirtschaft. Der französische Standpunkt sei, daß die Minen gegen Polen zugesprochen würden, damit man, wenn Industrien vernichtet, die Gebiete Polen beschafft, und wo die Bevölkerung sich für Deutschland ausgesprochen habe, Deutschland benachbart. Was die wirtschaftliche Frage anbetrifft, so gebe es Sorgen, von denen man trennen müsse, ohne die Empfindlichkeit der Polen zu verletzen. Das Industriegebiet arbeitet für die ganze Welt. Aus diesem Grunde bestimme auch der Friedensvertrag, daß auf die wirtschaftlichen Verpflichtungen entsprechend Rücksicht genommen werden müsse. In vielen Ländern, die Polen nicht ungünstig gesehen seien, wolle man verhindern, daß eine unerfahrenen Leitung die reichen Industrien vernichtet. Die industrielle Durchdringung sei so, daß diese Verpflichtungen gerechtfertigt seien. Alle diese Fragen müßten in den Alten geregelt werden, die dem Obersten Rat vorgelegt würden, damit er seine Entscheidungen treffen könne. Das sei auch die beste Bedingung für Polen, damit die Frage vernünftig und ohne Zweideutigkeit geregelt werde. Frankreich habe von der polnischen Regierung erklärt, daß die Bedingungen Frankreichs vollständig würden, damit man, wenn Deutschland Oberschlesien genommen würde, ihm nicht auch die Zahlungsmittel nehme und es 15 Jahre hindurch Rohmaterialien zu den heutigen Bedingungen beziehen könne. Die Gebiete seien verpflichtet, an den Reparationsverpflichtungen Deutschlands solidarisch teilzunehmen. Er sei überzeugt, daß die polnische Regierung geneigt sei, daß diesen wirtschaftlichen Verpflichtungen Rechnung getragen werde. Nun verbleibe aber noch die Interpellierung der Abstimmungsgesellschaft nach Kommunen, sowie eine geographische Gruppierung unter Berücksichtigung der Volkswirtschaft. Der französische Standpunkt sei, daß die Minen gegen Polen zugesprochen würden, damit man, wenn Industrien vernichtet, die Gebiete Polen beschafft, und wo die Bevölkerung sich für Deutschland ausgesprochen habe, dann würde sich Frankreich dem Polen fühnen. Aber das Verhältnis habe sich für Polen ausgesprochen. Das sei kein Grund, daß man Polen diese Gebiete, die ihm zufließen, nicht zusprechen wolle. (Allgemeiner Beifall.)

Metzler dankte dem Ministerpräsidenten für diese Befreiung und ging schließlich zu dem Reparationsproblem über, das nicht nur eine Ritterstrafe sei, sondern auch eine Frage der Energie. Man verlange, daß Polen, das Frankreichs Verbündeter sei, auch von den französischen Soldaten nicht geschützt werde. Metzler erklärte, daß der Botschafterrat in Oberschlesien entstanden sei, in dem Deutschland sich hätte berechtigt glauben können, ein Heer nach Oberschlesien zu entsenden, um die Ordnung wieder herzustellen. In diesem Augenblick habe er Deutschland wissen lassen, wenn es eine derartige Operation unternehmen, würde es die verhängnisvollen Konsequenzen entfesseln. Deutschland habe vollkommen verstanden und seit gestern hätten sich Detachements organisiert, um die unabkömmligen Aldeutschen zu umzingeln. Wenn man nicht die Jahresklasse 1919, also nicht genügend Kräfte, gehabt hätte, wären derartige Rätschläge vielleicht nicht gehabt worden. Die französische Waffengewalt am Rhein habe es gestattet, Befriedigung zu erzielen. Frankreich sei lokal, wie es immer gewesen sei. Die Wacht am Rhein würde nicht geschwächtigt. Wenn nötig, würde sie angefordert werden. (Beifall.)

In der Debatte erhält zuerst das Wort der Abg. Lacoste. Er fragt Briand, ob er nicht glaube, daß man England schon genug Koncessions gemacht habe. (Briand)